

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2012
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Saarland

„Gerade jetzt!“

Quelle/Zitierweise:

<http://www.fdp-saar.de/wp-content/uploads/2012/02/wahlprogramm2012.pdf> ; 26.03.2012

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-381

Gerade jetzt!

**Programm zur Landtagswahl
am 25. März 2012**

FDP

SaarLiberale

Landtagswahlprogramm 2012 der FDP Saar

Präambel	4
Bildung und Familie	5
Das Saarland wird zum Bildungsland	5
Frühkindliche Bildung	5
Schulische Bildung	6
Hochschulen und Forschung	8
Das Saarland wird zur Zukunftswerkstatt	8
Innen, Recht und Sport	9
Bürgerrechte: Das Saarland wird zur liberalen Bürgergesellschaft	9
Polizeireform weiterführen	9
Leistungsfähige und moderne Justiz schaffen	10
Direkte Demokratie: Das Saarland wird zum Mitmachland	10
Lebensfähige Kommune: Das Saarland wird zum Vorzeigeland einer modernen Kommunalpolitik	11
Mit Sport mehr bewegen	11
Kunst und Kultur	12
Das Saarland wird zur Kreativwerkstatt	12
Sicherung einer profilierten und professionellen Kulturlandschaft	12
Stärkung der Förderung der kulturellen Bildung unserer Kinder	13
Sicherung unseres kulturellen Erbes für die Zukunft	13
Wirtschaft und Arbeit	14
Das Saarland ist ein wirtschaftsfreundliches Land	14
Die FDP ist die einzige Partei, die sich klar zu Wachstum bekennt	14
Arbeit: Das Saarland wird zum Aufsteigerland	15
Landwirtschaft	15
Infrastrukturen und Mobilität: Wahlfreiheit sichern	16
Automobilindustrie als Zukunftsindustrie stärken	16
Rechte der Bergbaubetroffenen weiter stärken	17
Energie: Das Saarland bleibt Energieland	17
Haushalt und Finanzen	19
Das Saarland wird zum Sparland	19

Sinnvoll sparen, klug investieren 19

Umwelt 21

Das Saarland wird zum Nachhaltigkeitsland – ökologisch und ökonomisch 21

Raum- und Landschaftsentwicklung neu ordnen 21

Entsorgung optimieren, Kosten stabilisieren 21

Gesundheit und Soziales 22

Das Saarland wird zum Gesundheitsland 22

Krankenhauslandschaft im Saarland bedarfsgerecht gestalten 22

Weiterentwicklung der geriatrischen Versorgung im Saarland 23

Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe 23

Gesundheitsförderung 23

Soziales 24

Europa 25

Das Saarland wird zum Europaland 25

Postambel 26

Präambel

„Freiheit und Gemeinsinn“ – Neue Lebenschancen im Saarland

Die vorgezogenen Landtagswahlen am 25. März 2012 eröffnen Chancen für einen Neuanfang, sowohl im Saarland als auch in der FDP. Die Saarländer sind von den handelnden Politikern und von den Parteien enttäuscht. Die Politik hat insgesamt an Vertrauen verloren. Die Mehrzahl der Bürger im Saarland hat den Eindruck gewonnen, dass sich die politischen Parteien nicht einigen konnten, weder auf den Erhalt eines Regierungsbündnisses, noch auf die Bildung einer sogenannten großen Koalition. Daher muss es das oberste Ziel aller Demokraten, insbesondere jedoch der Liberalen sein, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Dies machen wir mit einem Neuanfang!

Vertrauen gewinnt man nur, wenn man verständliche und vernünftige Lösungen für die Probleme der Menschen entwickelt und so auf die Fragen der Bürger eingeht. Als einzige Partei im Saarland macht die FDP die Freiheit des einzelnen Menschen zum Ziel ihrer Politik. Nur liberale Politik richtet sich jederzeit daran aus, Menschen zur Selbstentfaltung zu ermächtigen und zu ermutigen. Wir treten ein für Toleranz, für Entscheidungsfreiheit, für die Emanzipation des Einzelnen und für die Vielfalt in der Gesellschaft. Als Partei der Freiheit und der Chancengerechtigkeit sind wir die Partei der gesellschaftlichen Mitte. Eine bürgerliche Stimme ist gerade jetzt nötiger denn je. Mit einem Linksruck bringen wir das Land nicht voran. Dabei müssen wir auch eine übergeordnete Frage beantworten: Woraus zieht das Saarland seine politische Daseinsberechtigung?

Wir sind überzeugt, dass die besondere Überschaubarkeit und Nähe unseres Landes enorme Möglichkeiten für bürgerschaftliche Kooperation bietet. Diese kann die Kosten der öffentlichen Dienstleistung senken und damit Sparpotenziale eröffnen, wenn wir Freiheit und Gemeinsinn zum Markenkern unserer Politik machen: Lebenschancen staatlich sichern, aber uns allen die notwendige Freiheit lassen, uns weit über die Startchancen hinaus zu entwickeln. Das Saarland muss zum Land der Lebenschancen für alle werden. Wir wollen das Saarland zu dem Ort machen, wo jeder seine Individualität voll entfalten kann (Freiheit) und wo gleichzeitig jeder seine Verantwortung für die Gemeinschaft wahrnimmt (Gemeinsinn).

Konkret Handeln: Das Saarland steht künftig für Neuanfang

Die Eigenständigkeit des Saarlands muss gewahrt werden. Dies leitet sich für die FDP folgerichtig aus der gemischten Struktur aus Stadt und Land, aus der ausbaufähigen Kooperation zwischen saarländischen Kommunen sowie aus der besonderen Mikrostruktur unserer Heimat ab. Wir wollen Freiheit und Gemeinsinn gleichzeitig verwirklichen und zum eigentlichen Kern der Marke „Saarland“ machen. Dazu müssen wir alle die Ärmel hochkrepeln und an folgenden Baustellen mitarbeiten:

- Wir wollen den demographischen Wandel als Gestaltungsaufgabe annehmen und zu einem Schwerpunkt unseres politischen Handelns machen.
- Wir wollen die Qualität saarländischer Bildung erhalten und bessere Betreuungsangebote für Kinder schaffen, um Kinder zu selbstbestimmten, mündigen Bürgern werden zu lassen und für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Wir wollen den Wirtschafts- und den Bildungsstandort Saarland besser vernetzen, indem wir den Strukturwandel konsequent fortsetzen.
- Wir wollen Sparen attraktiv machen, indem wir uns auf die Kernaktivitäten des Staates konzentrieren und jede öffentlich finanzierte Infrastruktur auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit prüfen.
- Wir wollen eine zukunftsorientierte Energiepolitik, die Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit vereint und den Anforderungen des Saarlands als Energieland gerecht wird.
- Wir wollen, dass Kunst und Kultur von den Saarländern aktiv gelebt werden kann und dafür die nötigen Voraussetzungen schaffen.
- Wir wollen die Nähe zu unseren Nachbarn Frankreich und Luxemburg auch kulturell nutzen, um die Möglichkeiten des Saarlandes als Kulturschmiede zu erweitern.
- Wir wollen die Gesundheitspolitik nach dem vorhandenen Bedarf ausrichten und Transparenz und Wettbewerb zu ihren Leitmotiven machen.
- Wir wollen den Schwächsten ein soziales Auffangnetz bieten, das gleichzeitig die Eigenständigkeit des Individuums nicht gefährdet.
- Wir wollen unseren Kommunen mehr Möglichkeiten an die Hand geben, Räume für Freiheit und Gemeinsinn zu schaffen.
- Wir wollen das Saarland zum Musterland für die Sicherung und den Ausbau der Bürgerrechte machen.

Bildung und Familie

Bildung: Das Saarland wird zum Bildungsland

Liberaler Bildungspolitik bedeutet für uns eine über die Qualifizierung hinausgehende Erziehung zum mündigen Bürger. Denn Bildung versetzt Menschen in die Lage, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und ihr Anrecht auf Lebenschancen wahrzunehmen. In einer wissensbasierten Gesellschaft heißt die wichtigste Ressource Bildung. Individuelle Berufswege, lebenslanges Lernen sowie im Ausland erworbene Kompetenzen sollen in ihrem Potenzial für die Gesellschaft wertgeschätzt werden. Bildung muss die Möglichkeiten dafür öffnen, dass bei jedem Einzelnen die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung auch für die Folgen des eigenen Handelns entstehen. Fachwissen ist dabei wichtig, aber kein Ersatz für Schlüsselkompetenzen. Eine zeitgemäße Bildung muss Werte wie Leistung und Anstrengung hochschätzen und dementsprechend Schüler fördern und fordern. Dazu gehört auch die Elternpflicht zur Entwicklung ihrer Kinder und zur Unterstützung der Schulen in ihrer Aufgabe der Wertevermittlung. Jeder einzelne junge Mensch soll in der Entfaltung seiner individuellen Begabungen und Neigungen bestmöglich gefördert werden.

Der demographische Wandel stellt auch unser Schulsystem vor neue Herausforderungen. Bildung muss sich auf das Wesentliche konzentrieren, dies aber richtig vermitteln. Zugleich brauchen Schulen auch eine bessere Planungssicherheit. Wir müssen über einen Schulfrieden, also über eine Atempause für alle Schulformen, diskutieren. Schüler, Eltern und Lehrer sind die ewigen Reformen und Folgeformen leid. Insbesondere die neugeschaffene Gemeinschaftsschule sollte vor ständigen Strukturveränderungen geschützt werden. Die Qualität saarländischer Bildung darf trotz sinkender Schülerzahlen nicht abnehmen. Wir wollen bessere Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und intensive frühkindliche Vorbildung. Die FDP Saar ist die Partei, die für Verbesserung der Bildung und der beruflichen Qualifikation aller Bürger durch gezielte und verbesserte Aus- und Weiterbildung steht.

Das Saarland muss sich bei der Weiterentwicklung der Universität des Saarlandes auf die Aspekte konzentrieren, die sich auch in der Wirtschaftsstruktur des Landes wiederfinden.

Frühkindliche Bildung

Die FDP Saar hat sich stets für eine bessere Verzahnung beim Übergang von den Kindergärten zur Grundschule eingesetzt. Durch das Kooperationsjahr werden diese Übergänge nun fließend. Durch die vorgezogene Spracheingangsuntersuchung können Sprachdefizite früher aufgefangen werden.

Die FDP Saar fordert die flächendeckende Einführung des Kooperationsjahres zwischen Kindergärten und Grundschule.

Gute Kindergärten und Kindertagesstätten sind nicht nur Teil einer gelungenen Bildungs-, sondern ebenso der Familienpolitik. Die erreichen wir in erster Linie durch eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Das gilt für die Nachmittags- und Ferienbetreuung, aber auch Konzepte wie Nachtöffnungszeiten sind in einem Industrie- und Dienstleistungsland wie dem Saarland eine wichtige Hilfe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir fordern daher die Einrichtung einer 24-Stunden-KiTa in jedem Landkreis, um den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch bei z.B. Schichtdienst zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung bei Gründungen von Betriebskindergärten. Freie Träger z.B. in Vereinsstrukturen ermöglichen bürgerschaftliches Engagement. Gewerbliche Träger bieten die Lösungen für Unternehmen und ihre Belegschaften vor Ort und eine schnelle Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- als Leitziel: aus Kindergärten „Bildungsgärten“ zu machen;
- ein Nebeneinander von privaten und staatlichen Kindertagesstätten zu gewährleisten;
- einheitliche Qualitätsstandards für Krippen und Kindertagesstätten und Kindergärten einzuführen, die regelmäßig und extern evaluiert werden;
- die Öffnungszeiten von Kindergärten sowohl auf Nachmittags- als auch auf Nachtstunden zu erweitern;
- ein Siegel für Kinderbetreuungseinrichtungen zu erarbeiten, das Eltern transparent über die wesentlichen Eigenschaften der Betreuungseinrichtungen informiert und so eine Vergleichbarkeit herstellt;
- die Betreuung in den Kindergärten aufzuwerten, primär durch die Entwicklung geeigneter Berufsbilder und entsprechender Ausbildungsangebote im nichtakademischen Bereich, aber auch durch universitäre Studiengänge in Frühpädagogik;
- eine 24-Stunden-Kindertagesstätte in jedem Landkreis einzurichten;
- die rechtlichen Hindernisse bei der Einrichtung von Betriebskindergärten abzubauen;

- die Zusammenarbeit von Kinderbetreuungseinrichtungen mit externen Bildungseinrichtungen und Fördermöglichkeiten wie z.B. Musikschulen, Nachhilfeeinrichtungen, Sportvereinen usw. zu fördern und zu fordern;
- die Mehrsprachigkeit schon in Kindertagesstätten zu fördern.

Schulische Bildung

Der Bereich der schulischen Bildung hat in den letzten beiden Jahren durch die Verfassungsänderung zur Schulstruktur und die Gemeinschaftsschule tiefgreifende Veränderungen erfahren. Diese Veränderungen sieht die FDP Saar als große Chance. Allerdings ist nun entscheidend, dass Schülern, Eltern und Lehrkräften die Zeit zur Umsetzung gegeben wird. Deshalb fordern wir einen zehn Jahre dauernden Schulfrieden, um die Reformen wirken zu lassen und allenfalls die bei der Evaluierung festgestellten größten Fehler in der Zwischenzeit zu korrigieren. Dass das Gymnasium weiterhin in der saarländischen Verfassung verankert ist, ist ein großer Erfolg liberaler Politik der letzten Legislaturperiode.

Im Zuge der Einführung der Gemeinschaftsschule wurde eine alte FDP-Forderung erfüllt: die Gemeinschaftsschulen erhalten nun ein hohes Maß an gestalterischer Freiheit. Wir versprechen uns hiervon eine weitere Verbesserung der Lernprozesse und eine effizientere Lernkultur für Schüler wie auch für die Lehrer. Nun ist die Chance da, dass Schulleitungen in Zusammenarbeit mit dem Kollegium, den Schülern und Eltern den Gestaltungsspielraum für eigene pädagogische Konzepte, ein effizientes Personalmanagement und die Selbstbewirtschaftung der Schule erhalten. So können die Schulen ein Lernumfeld schaffen, in dem sich die Kinder wohl fühlen und gerne Leistung erbringen.

Damit ist dieser Prozess allerdings nicht abgeschlossen. Um zu gewährleisten, dass die Formulierung der stärkeren Selbständigkeit von Schulen nicht zum reinen Lippenbekenntnis verkommt, müssen mehrere Punkte erfüllt werden, um eine gute Umsetzung zu gewährleisten.

Bei der schulischen Bildung bekennt sich die FDP Saar ebenfalls klar zu den beruflichen Schulen wie auch zu den Förderschulen. Beide haben ihre individuellen Stärken, auf die die Bildungspolitik nicht verzichten sollte.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- den saarländischen Schulen durch ein Schulfreiheitsgesetz mehr Eigenständigkeit zu geben und sicherzustellen, dass die Schulen ein ausreichendes Budget erhalten. Das gilt sowohl für den personellen Bereich (Lehre und Verwaltung) als auch für den materiellen Bereich;
- gerade bei der Umsetzung der Gemeinschaftsschule die Schulen umfassend zu beraten und zu betreuen;
- die Schulen regelmäßig Rechenschaft ablegen zu lassen und intern und extern zu evaluieren;
- die Schulleitung zu professionalisieren und ihr weitreichende Leitungskompetenz einzuräumen;
- die Unterrichtsverpflichtungen der Schulleitung deutlich zu reduzieren, so dass auch Zeit und Raum für die Schulentwicklung bleibt;
- Schulen mit zwei Standorten in ihrer erschwerten Situation zu unterstützen;
- dass das Kultusministerium als Oberste Schulaufsichtsbehörde den Schulen bei ihrer Profilbildung beratend zur Seite steht und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen organisiert;
- individuelle Schulbudgets für Vertretungsunterricht bedarfsgerecht bereitzustellen, um die Unterrichtsgarantie umsetzen zu können;
- im Zuge des neu aufzustellenden Schulentwicklungsplans sicherzustellen, dass ein Umzug innerhalb des Saarlandes möglich bleibt und in einer Schulregion die gleichen Schulbücher eingesetzt werden;
- die Klassengrößen schrittweise zu verringern;
- in Mangelfächern attraktive Angebote für Seiteneinsteiger zu entwickeln und sie umfassend auf die Lehrtätigkeit an der entsprechenden Schulform vorzubereiten;
- an allen Schulformen dem schulbegleitenden Personal wie Schulpsychologen, Schoolworkern, (Jugend-)Sozialarbeitern und qualifizierten Erziehern ein stärkeres Gewicht zu geben, damit diese auch präventiv statt nur akut arbeiten können;
- Hochbegabte auch an Regelschulen gezielt zu fördern und zu fordern. Als Vorbild könnte hier die Förderung von talentierten Sportlern im Saarland dienen;
- Eltern und Schülern flächendeckend die Wahlfreiheit zwischen gebundenen, freiwilligen Ganztagschulen und Halbtagschulen zu ermöglichen;
- dass auch kleine Schulstandorte erhalten bleiben können; hier muss das Zügigkeitskriterium wie derzeit im parlamentarischen Verfahren geplant in eine Gesamtschülerzahl pro Standort geändert werden;

- die Förderschulen in guter Qualität zu erhalten;
- hierbei den Eltern die Wahl der Beschulung zwischen Förderschule und Regelschule zu überlassen. Die Wahlfreiheit der Eltern garantiert das größtmögliche Kindeswohl;
- ein verbindliches integrativ-ganzheitliches Konzept für die Förderschullehrkräfte in den allgemeinen Schulen des Landes zu entwickeln;
- begleitende Hilfen für lernbenachteiligte Schüler durch die Erstellung individueller Hilfepläne – an denen alle Beteiligten mitwirken – zu entwickeln sowie gegebenenfalls durch eine Senkung der Schülerzahl und Erhöhung des pädagogischen Personals zu verbessern;
- die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen zu stärken, indem Partnerschaften zwischen den Berufsbildungszentren, allen „Zubringerschulen“ und der Wirtschaft aufgebaut werden und bereits bestehende Strukturen erhalten bleiben;
- die beruflichen Schulen ebenfalls auf den Rückgang der Schülerzahlen vorzubereiten. Hierzu muss unter anderem das Schulordnungsgesetz geändert werden, damit die Ein-Zügigkeit bei Oberstufengymnasien möglich wird;
- ein Programm gegen Homophobie in Schulen zu fördern
- die Einrichtung internationaler Schulen zu fördern, die neben der französischen auch die englische Sprache einbinden. Wir fordern dazu mindestens eine deutsch-englische Schule im Saarland.

Hochschulen und Forschung

Das Saarland wird zur Zukunftswerkstatt

Um das Saarland voranzubringen, benötigt es eine Hochschullandschaft, die auf einer soliden Finanzierung basiert, die auch nach dem Auslaufen der aktuellen Finanzierungsperiode gesichert ist. Die Studienfinanzierung für die Studenten haben wir durch das erfolgreiche Stipendienmodell der Studienstiftung Saar erleichtert und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Dass das Saarland als erstes Bundesland 100 Prozent der Stipendien des Deutschlandstipendiums vergeben hat, ist ein weiterer Beleg für die erfolgreiche Politik der FDP Saar.

Die Universität des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes müssen ihre Kooperation verstärken, um Synergien besser zu nutzen und so durch mehr Effizienz das Saarland zu stärken.

Eine weitere Herausforderung ist die Stärkung der Ingenieurausbildung, um dem aktuellen Mangel entgegen zu treten.

Eine weitere Anstrengung muss es sein, die Technologiepolitik so zu gestalten, dass die Ergebnisse der saarländischen Forschung auch genutzt und verwertet werden können. Nur so stärken die Forschungsergebnisse der Wissenschaftler die regionale Wertschöpfung.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- die Finanzierung der Saarländischen Hochschulen nach 2013 auf eine solide Basis zu stellen;
- die Leistungsorientierte Mittelzuweisung auszuweiten;
- die Streichung, den Erhalt oder den Ausbau von Fachbereichen anhand von nachvollziehbaren Leistungskriterien vorzunehmen;
- die Autonomie der Hochschulen durch Fortführung der Globalhaushalte zu sichern;
- die Globalhaushalte mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu flankieren;
- die Kooperation der Universität des Saarlandes mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft zu stärken. Dabei soll jede Hochschule eigene Schwerpunkte setzen, die sich an der Nachfrage orientieren;
- Konzepte gegen den Wegzug von im Saarland ausgebildeten Fach- und Führungskräften zu entwickeln;
- den Ausbau des ZeMA (Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik) voranzutreiben, um die Ingenieurausbildung quantitativ und qualitativ zu stärken;
- den Hochschulen die Möglichkeit zu gewähren, fachspezifische Studiengebühren zu erheben, die aber eine Höchstgrenze von 500€ pro Semester nicht überschreiten; staatliche Zuwendungen an die Universität bleiben dabei unangetastet;
- Studiengebühren zwingend nachlaufend und darüber hinaus so zu gestalten, dass die Rückzahlungen erst nach Beginn der Berufstätigkeit und ab einem bestimmten Jahreseinkommen beginnen;
- den Studierenden bei mangelhaften Leistungen der Hochschulen, die zur Verlängerung des Studiums führen, unbürokratisch einen Anspruch auf die ganze oder teilweise Rückerstattung der Studiengebühren zu gewähren;
- das saarländische Stipendienmodell der StudienStiftungSaar weiterzuführen;
- der medizinischen Fakultät die Möglichkeit zu geben, sich ihre Studierenden frei zu wählen;
- bei der Stammzellenforschung den Grundsatz der Freiheit der Forschung anzuwenden, um so wichtige Innovationen nicht zu blockieren;
- die Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen zu vereinfachen, damit das, was im Saarland geforscht wurde, auch in Form von innovativen Produkten und Dienstleistungen dem Saarland zugute kommt;
- Existenzgründungen zu unterstützen und die dazu notwendige Finanzierungskulisse bereitzustellen;
- eine Akademie der Wissenschaften zu gründen, um so Wissenschaft und Forschung im Saarland eine effizientere und effektivere Grundlage zu bieten;
- die angestoßenen Baumaßnahmen an den Hochschulen weiterzuführen.

Bürgerrechte: Das Saarland wird zur liberalen Bürgergesellschaft

Die Freiheit braucht den liberalen Rechtsstaat; der alles kontrollierende oder gar beherrschende Staat führt aber zur Unfreiheit. Ausufernde Überwachung und staatliche Zugriffe auf persönliche Daten bringen den Mut, die Eigeninitiative und die Kreativität der liberalen Bürgergesellschaft zum Erliegen. Zu einer liberalen Bürgergesellschaft gehört aber neben Freiheit auch Sicherheit. Ziel dieser Sicherheit muss es sein, die Freiheit soweit wie möglich zu schätzen und so wenig wie möglich einzuschränken – Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unser Ziel ist ein liberales, sicheres und lebenswertes Saarland, das staatliche Eingriffe konsequent auf das zur Gewährleistung der Sicherheit Notwendige beschränkt und den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht verhilft.

Wir lehnen jegliche Form des Extremismus als unvereinbar mit Freiheit und Sicherheit ab. Das Phänomen wurde in der Vergangenheit trotz aller Präventionspolitik immer noch unterschätzt, sowohl auf Bundes-, wie auch auf Landesebene. Dies haben uns die rechtsterroristischen Morde der Zwickauer Gruppe drastisch vor Augen geführt. Auch im Saarland setzen wir uns daher für die Bekämpfung des Rechtsextremismus als Schwerpunkt der Präventionspolitik ein.

Zu einer liberalen Bürgergesellschaft gehört auch die sportliche Betätigung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Denn Sport ist nicht nur Freizeitvergnügen und Gesundheitsförderung, sondern auch einer der wichtigen Bausteine des Ehrenamts. Nur wenn die Rahmenbedingungen für den Sport stimmen, werden sich so viele Menschen freiwillig engagieren, wie es eine liberale Bürgergesellschaft braucht.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- zunächst bereits bestehende Gesetze voll auszuschöpfen und damit Vollzugsdefizite zu beheben, bevor neue Gesetze erlassen und Gesetzesverschärfungen vorgenommen werden;
- wie vorgesehen die videotechnische Überwachung nicht flächendeckend einzusetzen und keine anlasslose automatisierte Kennzeichenerfassung und –speicherung sowie polizeiliche präventive Telefonüberwachung (außer zur Gefahrenabwehr bei hilflosen Personen) durchzuführen oder Onlinedurchsuchung, Video- und Tonüberwachung nicht ohne Tatverdacht in Wohnungen durchzuführen, sie also nicht willkürlich einzusetzen und Menschen nicht unter Generalverdacht zu stellen;
- alle für die Bürgerrechte einschneidenden Ermittlungsmaßnahmen, auch in Eilfällen, unter einen strikten Richtervorbehalt zu stellen;
- die Ämter des Datenschutzbeauftragten und des Informationsbeauftragten im Saarland personell und räumlich voneinander zu trennen;
- eine ausreichende und hoch qualifizierte personelle Besetzung des Datenschutzzentrums sicherzustellen;
- dem Thema Extremismus im schulischen Lehrplan früh einen festen Platz einzuräumen und Lehrerinnen und Lehrer im Hinblick auf das Erkennen von und dem Umgang mit extremistischen Tendenzen bei ihren Schülerinnen und Schülern fortzubilden;
- die Kooperation von Justiz, Polizei-, Sozial- und Jugendämtern, Kirchen, Schulen und den sonstigen freien Trägern bei der Kriminalitätsprävention zu stärken und einen besonderen Schwerpunkt auf Jugendkriminalität zu legen, um diese vorrangig pädagogisch zu lösen;
- das strikte Vieraugenprinzip einzuführen, damit Entscheidungen über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von mindestens zwei Personen getroffen werden;
- den Verfassungsschutz stärker als bisher der parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen und gezielt zur Beratung der Politik in der Auseinandersetzung mit Extremisten einzusetzen.

Polizeireform weiterführen

In der Struktur der Polizei sind weitere Veränderungen erforderlich. So müssen etwa Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte von polizeifremden Tätigkeiten, wie zum Beispiel im Verwaltungs- oder EDV-Bereich, entlastet werden, damit sie ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt werden können. Ziel von Ausbildung und Organisation muss es sein, die vorhandenen Ressourcen von Personal und sächlicher Ausstattung optimal zu nutzen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- Menschen aus den Anrainerstaaten des Saarlandes und/oder mit Migrationshintergrund in einem ausgewogenen Verhältnis in der saarländischen Polizei einzustellen;

- die Fremdsprachenkompetenz innerhalb der Polizei zu erhöhen;
- die zweigeteilte Laufbahn vollständig zu verwirklichen;
- die Stellenbewertung unter Berücksichtigung von Eignung, Leistung und Befähigung auf ihre Ausgewogenheit hin zu überprüfen und zu optimieren;
- die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einzuführen;
- die Ausbildung der Polizeibeamt/Innen unter dem Aspekt einer frühzeitigen Spezialisierung im Hinblick auf zukünftige schutz- oder kriminalpolizeiliche Verwendung zu prüfen; den Erhalt von festen Polizeiposten – im Hinblick auf ihre Effizienz und der demographischen Entwicklung – zu überprüfen und ggf. durch „fahrende“ Polizeiwachen zu ersetzen;
- das Fortbildungsangebot auch durch Coaching vor Ort weiter zu intensivieren, insbesondere für den “ersten Angriff”, die aktuelle Gesetzeslage und Rechtsprechung, den Schusswaffengebrauch sowie die Selbstverteidigung;
- polizeifremde Tätigkeiten beispielsweise durch den Einsatz von Verwaltungsangestellten, in Ausnahmen durch Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und durch zentrale Bereitschaftsdienste der Ordnungsämter im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit zu erledigen;
- die technische Ausstattung zu optimieren und stets auf dem neuesten Stand der Technik zu halten;
- das Polizeimusikkorps abzuschaffen, die Jugendverkehrsschulen aufzulösen und die frühkindliche Verkehrserziehung – unter Mitwirkung der Kontaktbereichsbeamt/Innen und Einbindung der Verkehrsverbände – den Schulen zu übertragen;
- die Bundesautobahnen, die Bundesstraßen sowie die Bundeswasserstraße „Saar“ in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zu überführen;
- beim Landespolizeipräsidenten eine zentrale Beschwerdestelle für Bürger einzurichten.

Leistungsfähige und moderne Justiz schaffen

Ein effektiver Rechtsschutz durch eine unabhängige Justiz garantiert den Rechtsstaat als entscheidende Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben einer Gesellschaft. Er sichert auch den verlässlichen Rahmen für Investitionen und andere wirtschaftliche Betätigungen. Ziel im Umgang mit Straftätern muss die bestmögliche Resozialisierung sein. Dazu brauchen wir eine Bewährungshilfe, die jedem Täter genügend Zeit widmen kann. Außerdem brauchen wir Justizvollzugsanstalten, die den Gefangenen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten, um sie besser auf ihr Leben in Freiheit vorzubereiten.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- die Personalplanung in der Justiz transparenter zu gestalten und weitere Personalstrukturmaßnahmen bei der Justiz vorzunehmen, z.B. durch die sofortige Abschaffung des einfachen Dienstes;
- die Werkmeistereien in den Justizvollzugsanstalten durch gute sächliche Ausstattung und ausreichende personelle Ausstattung durch Werkmeister zu fördern;
- einen Modellversuch ähnlich wie in Hessen zur elektronischen Fußfessel im Strafvollzug als Alternative zur Haft in den dafür geeigneten Fällen zu starten. Der Betroffene soll in diesen Fällen selbst zwischen Haft und Fußfessel entscheiden können;
- einen ständigen richterlichen Bereitschaftsdienst für den Bereich der hoheitlichen Eingriffsnormen sowie eine entsprechende praxisnahe Aus- und Fortbildung der dort tätigen Richter/Innen einzuführen.

Direkte Demokratie: Das Saarland wird zum Mitmachland

Wir wollen jeden einzelnen Saarländer stärker an politischen Entscheidungen beteiligen und die direkte Demokratie verbessern. Die Parteien wirken an der Willensbildung mit, ersetzen sie aber nie. Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen beruhen auf fairen und transparenten Verfahren, sowohl bei der Beteiligung an der Willensbildung als auch beim Regierungshandeln. Die Verfassung des Saarlandes und das Volksabstimmungsgesetzes stellen jedoch hohe Hürden für Instrumente der direkten Demokratie wie Volksbegehren auf. Im letzten Jahr sind bereits wichtige Schritte auf liberalen Einsatz hin unternommen worden. Den bereits begonnen Abbau der Hürden der Demokratie wollen wir weiterführen und ausbauen.

Das Internet macht neue Formen der Teilhabe und der Transparenz innerhalb der Demokratie möglich. Auch im Bereich „schlankes“ Regieren bietet die digitale Revolution Möglichkeiten. Durch eGovernment können politische Entscheidungsprozesse nicht nur transparent, sondern Regierung und Verwaltung insgesamt kostengünstiger werden. Mit zahlreichen Unternehmen aus dem Bereich der Informationstechnologie sowie mit Forschungsschwerpunkten im Saarland nicht nur an der Universität ist das Land hervorragend positioniert, um eine schnellere, leistungsfähigere und bürgernähere Verwaltung auf den Weg zu bringen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- die Vereinfachungen bei Volksbegehren und –entscheiden umzusetzen, also den strikten Finanzvorbehalt zu lockern;
- Volksbegehren und –entscheide finanziell zu unterstützen;
- die Zahl der notwendigen Unterschriften für die Initiierung von Volksbegehren zu senken sowie Fristen zu ihrer Sammlung zu verlängern;
- das neue Instrument der Volksinitiative einzuführen; um auch unsere ausländischen Mitbürger am politischen Willensbildungsprozess teilhaben zu lassen;
- die Zahl der Stimmberechtigten, die sich an einem Volksbegehren beteiligen müssen, um Rechtswirksamkeit zu erreichen, abzusenken;
- Verfahren einfacher zu gestalten;
- die Reform des Landtags- und Kommunalwahlgesetzes weiter zu führen, indem das Wahlzählverfahren, bzw. Verfahren der Sitzzuteilung auf das Sainte-Lague/Schepers-Verfahren umgestellt wird;
- Stichwahlen bei Bürgermeister- und Landratswahlen beizubehalten.

Lebensfähige Kommune: Das Saarland wird zum Vorzeigeland einer modernen Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ändert sich angesichts angespannter öffentlicher Kassen und neuer Bedürfnisse einer diversen und vielfältigen Gesellschaft. Alle Möglichkeiten, die Stimme der Bürger in die politischen Abläufe vor Ort stärker einzubringen, sollten im Saarland zuallererst ausprobiert werden, wobei die Instrumente der Bürgerbefragung und des Bürgerentscheids im Vordergrund stehen. Allerdings muss der Schutz der Kommune und ihrer internen Entscheidungen auch stärker garantiert werden. Die lebensfähige Kommune der Zukunft braucht die verfassungsrechtliche Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips und eines Konsultationsverfahrens vor Entscheidungen, die kommunale Interessen berühren, damit die Kostenfolgen geplanter Regelungen schon frühzeitig zwischen Land und kommunaler Seite einvernehmlich abgeschätzt werden können.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- auf der kommunalen Ebene Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen zu erleichtern;
- das strikte Konnexitätsprinzip als Kernstück der Garantie kommunaler Selbstverwaltung und ein Konsultationsverfahren vor Entscheidungen, die kommunale Interessen berühren, in der Verfassung zu verankern;
- das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabzusetzen;
- die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken;
- die Empfehlungen aus dem Hesse-Gutachten zur Zahl der Landkreise umzusetzen.

Mit Sport mehr bewegen

Die steigende Lebenserwartung der Saarländerinnen und Saarländer und die sich ständig verändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen verlangen Fitness bis ins hohe Alter. Einen wesentlichen Baustein bildet dabei eine gesunde, sportliche Betätigung. Hunderttausende treiben im Saarland bereits Sport in Vereinen und privat. Gerade in Zeiten rückläufiger Toto- und Sponsorengelder ist es deshalb wichtig, das sportliche Angebot bedarfsgerecht zu erhalten. Investitionen in den Sport sind für uns Investitionen in die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und ersparen der Gesellschaft damit spätere Kosten wie etwa im Gesundheitsbereich.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- in einer Bestandsanalyse den Bedarf an Sportstätten zu ermitteln und durch Sanierung oder Neubau, ggf. auch durch Rückbau gering genutzter Einrichtungen, nachzusteuern;
- das Sportangebot in den Kindergärten und Schulen zu erweitern, z.B. durch die Weiterführung der Lauf- und Fahrräderverteilaktion an Kindergärten;
- ergänzende Finanzierungsmodelle der Sportförderung zu entwickeln und das privatwirtschaftliche Engagement im Sportbereich zu fördern;
- das Ehrenamt in den Sportvereinen und –verbänden zu stärken.

Kunst und Kultur

Das Saarland wird zur Kreativwerkstatt

- Kunst und Kultur sind die Grundlagen einer offenen Bürgergesellschaft. Dabei dienen sie der Verständigung untereinander und sind zugleich Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln kritisch den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung so voran.
- Daher ist für die FDP Saar die Förderung von Kunst und Kultur ein zentrales Anliegen. Wir setzen uns für eine deutliche Aufwertung von Kunst und Kultur auf allen Ebenen des Staates ein. Hier muss auch die saarländische Landesregierung ihrer Verantwortung für Kunst und Kultur gerecht werden.
- Doch es reicht für Liberale nicht aus, nach dem Staat zu rufen und auf sein Handeln zu vertrauen, denn gerade Kunst und Kultur sollen nicht nur passiv konsumiert, sondern auch aktiv gelebt werden. Unser Leitbild für eine moderne Kulturpolitik lautet daher: „Kultur von allen für alle“! Die notwendigen Konsequenzen sind aber noch nicht daraus gezogen worden. Noch immer wird bürgerschaftliches Engagement zu Gunsten von Kunst und Kultur durch unnötige Bürokratie, lähmende Reglementierung und einen Mangel an freien Entfaltungsmöglichkeiten behindert.
- Zielsetzung muss sein, dass der Bürger seine aktive Teilhabe durch Selbstorganisation und Mitgestaltung (z.B. Übernahme eines Ehrenamtes, Mäzenatentum, nachbarschaftliches oder projektorientiertes Engagement) einfacher einbringen kann. Es ist notwendig, endlich auf Bundesebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Vereinen, Initiativen und Stiftungen ermöglichen, sich frei und unabhängig zu entwickeln. Erforderlich ist hierzu eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, damit Freiräume und Rechtssicherheit für bürgerschaftliche Organisationsformen gegeben sind.
- Im Saarland hat sich mit Institutionen wie dem Sinfonieorchester und der Musikhochschule und Festivals wie Mouvement und den Musikfestspielen Saar eine Musiklandschaft entwickelt, die bundesweit beispiellos ist. Mit seinem Filmfestival Max Ophüls beweist sich das Saarland alljährlich als Anziehungsort für junge Cineasten. Diese Kultur müssen wir erhalten und stärken.

Sicherung einer profilierten und professionellen Kulturlandschaft

Innerhalb des Saarlandes brauchen wir sowohl die Landeshauptstadt Saarbrücken mit ihrer in vielen Bereichen aktiven und lebendigen Kulturszene als Leuchtturm über die Region hinaus als auch die weiteren kulturellen Initiativen im gesamten Saarland.

Denn ein breites Angebot von qualitativ hochwertigen kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor im überregionalen Wettbewerb. Daneben sind Kunst und Kultur eine unverzichtbare Produktionskraft, die die Attraktivität einer Region für Unternehmen und private Haushalte erhöht und so auch der drohenden Abwanderung aus weniger dicht besiedelten Regionen im ländlichen Raum entgegenwirkt. So ist schon jetzt die Kulturwirtschaft eine wichtige saarländische Zukunftsbranche, denn die Arbeit und die Produkte der Verlagshäuser, der Filmindustrie, der Architekten und Designer, Galerien, Musiker und Musikverleger sind ein Wirtschaftsfaktor von erheblicher Bedeutung. Deshalb müssen die Aktivitäten, die vom ehemaligen Wirtschaftsminister Dr. Christoph Hartmann mit dem Kulturwirtschaftsbericht angestoßen wurden, intensiv fortgesetzt werden.

Außerdem soll das Saarland – hier insbesondere die Landeshauptstadt Saarbrücken – als ein hoch qualifizierter und dynamischer Standort für Film, Medien und Kultur etabliert werden. Daneben muss die Unterstützung des Landes aber auch für die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz, das Staatstheater und die Deutsche Radio Philharmonie langfristig gesichert werden, damit die herausragende Arbeit dieser Institutionen weitergeführt werden kann.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- nicht nur klassische Kunst- und Kulturformen, sondern auch moderne Kunstmedien zu fördern;
- die detaillierte Analyse der saarländischen Kulturwirtschaft aus dem Kulturwirtschaftsbericht aufzugreifen und umzusetzen;
- das gilt vor allem für die Synergieeffekte zwischen Medienstandortförderung und Tourismus;
- das Staatstheater langfristig zu sichern; hierfür sollte die haushalterische Förderung in der langfristigen Finanzplanung auf die nächsten fünf Jahre festgeschrieben werden;
- die freie Szene durch professionelle Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsorte zu stärken;
- die Budgets der freien Gruppen, privaten Theater und der soziokulturellen Initiativen zu sichern;
- stärkeres Engagement zu Gunsten von Nachwuchsfestivals (Filmfestival Max-Ophüls-Preis und Theaterfestival Perspectives) zu zeigen;
- Synergieeffekte z.B. zwischen Philharmonie und Staatstheater konsequent zu nutzen.

Stärkung der Förderung der kulturellen Bildung unserer Kinder

Die FDP setzt sich für eine Intensivierung und verstärkte Förderung der kulturellen Bildung, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, ein. Die intensive Auseinandersetzung mit Musik, Theater, Literatur und Bildender Kunst führt zu einer umfassenden Bildung, fördert die soziale Kompetenz, verstärkt die Kreativität und liefert positive Gemeinschaftserlebnisse. Kulturelle Bildung trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und stärkt die positiven Eigenschaften, wie Konzentration, Ausdrucksfähigkeit, Kreativität, Selbstvertrauen und die Fähigkeit zur Kommunikation mit anderen Kulturen. Deshalb muss kulturelle Bildung schon im frühesten Kindesalter ansetzen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- kulturelle Bildung durch verschiedene Angebote bereits in den Kindertagesstätten aktiv erlebbar zu machen und zu leben;
- die Umsetzung des Projekts, dass jede Schule im Saarland mindestens ein musisch-kulturelles Projekt bekommt, weiter zu forcieren;
- im Kontext des Ausbaus der Ganztagsangebote durch künstlerische Arbeitsgemeinschaftsangebote (Schulchöre - orchester/ Schauspielensembles/ Mal- und Zeichengruppen) den Unterricht zu vertiefen;
- kommunale Musikschulen stärker zu unterstützen;
- Jugendkunstschulen einzurichten, die in der Trägerschaft der Volkshochschule, des Kulturamtes oder freier Initiativen betrieben werden sollten.

Sicherung unseres kulturellen Erbes für die Zukunft

Liberaler Kulturpolitik fühlt sich der Forderung des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes, Kulturdenkmäler als Zeugnisse menschlicher Geschichte und örtlicher Eigenart zu schützen und zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen, verpflichtet. Historische Zeugnisse sind wichtig für die Entwicklung und Förderung des Geschichtsbewusstseins und das Verständnis für die Gegenwart. Die saarländischen Museen und Archive leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Identität. Sie beherbergen das Gedächtnis des Landes und seiner Regionen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- die Verwaltungsverfahren zu Veränderung, Abriss und Veräußerung von denkmalgeschützten Gebäuden zu vereinfachen;
- Kommunen ein Vetorecht vor der Eintragung in die Denkmalliste einzuräumen;
- eine Schlichtungsstelle einzuführen, um im Streitfall auf einfachem und unbürokratischem Wege Lösungen zwischen Denkmalrat, Denkmalamt, Kommunen, Privateigentümern und Bürgern herbeizuführen;
- die Zusammenarbeit der Museen und Archive mit Schulen zu fördern und durch den Einsatz von Museumspädagogen den Kindern und Jugendlichen den Zugang attraktiver zu machen;
- dass in staatlichen Depots liegende Werke und bei Künstlern „versteckte“ Nachlässe den Bürgern zugänglich gemacht werden; dazu ist ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein des Landes notwendig, diese Werke öffentlich zu präsentieren.

Wirtschaft und Arbeit

Das Saarland ist ein wirtschaftsfreundliches Land

Wir sehen das Saarland auch als Land für kleine und mittlere Unternehmen, für Gründer und Investoren, für Standortattraktivität und Infrastruktur. Die Folgen der Finanzkrise sind vor allem durch kleinere und mittlere Unternehmen und ihre Mitarbeiter abgefangen worden, sowohl auf Bundesebene, als auch im Saarland. 2011 ist die saarländische Wirtschaft im Bundesvergleich überdurchschnittlich gewachsen. Gleichzeitig leiden gerade die kleinen und mittleren Unternehmen am meisten unter überbordenden bürokratischen Anforderungen. Wir Liberale setzen daher auf weniger Staat und Bürokratie und auf mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb. Unser Schwerpunkt liegt auf einer Politik für den Mittelstand, bei gleichzeitiger Stabilisierung des industriellen Kerns, um die saarländische Wirtschaft noch krisenfester und wachstumsstärker zu machen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Konkret heißt das: wirksame Mittelstandsförderung durch Bürokratieabbau, Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Existenzgründungen, stärkere Verknüpfung von Bildung und Wirtschaft.

Die FDP ist die einzige Partei, die sich klar zu Wachstum bekennt.

Nachhaltiges Wachstum ist nur dort möglich, wo sich die Saarländer als mündige Bürger entfalten können – und nicht etwa durch staatliche Steuerung. Wir wenden uns gegen eine Anspruchs-gesellschaft, die vom Staat mehr erwartet als vom Einzelnen, wir setzen auf individuelle Verantwortung statt auf staatliche Versprechen. Dazu gehört der Aufstieg durch Leistung unabhängig von sozialer Herkunft, der heute auch im Saarland immer noch nicht selbstverständlich ist. Der demographische Wandel verstärkt den Handlungsbedarf gerade im Saarland. Das Saarland ist das Bundesland, das am stärksten vom demographischen Wandel betroffen sein wird. Bis 2025 müssen wir mit einem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter um fast 15% rechnen (Bund: 7%). Dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken ist damit entscheidend für die weitere Leistungsfähigkeit der saarländischen Wirtschaft.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- alle Gesetzesentwürfe der Landesregierung und der Landtagsfraktionen durch einen Kontrollrat für Bürokratiekosten überprüfen zu lassen und zu jedem Gesetz und jeder Verordnung eine umfassende Kostenfolgeabschätzung vorlegen zu lassen. Darüber hinaus sollen alle Gesetze und Verordnungen auch weiterhin regelmäßig auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und schon bei ihrer Einführung zeitlich befristet werden;
- die Antragstellung von Unternehmen an Behörden über Internet und E-Mail konsequent einzuführen und auszubauen;
- das Saarland zur Modellregion für Existenzgründer auszubauen;
- das Ladenschlussgesetz für Werkzeuge abzuschaffen;
- das Verbot des Betriebes von Autowaschanlagen und Videotheken an Sonn- und Feiertagen außerhalb von Wohngebieten aufzuheben;
- die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes weiter zu führen;
- eine stärkere wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen lehnen wir ab;
- die Straffung der gesamten Förderkulisse weiter zu führen und die Zeit zwischen Antragstellung und Auszahlung zu verkürzen;
- Betriebsnachfolgen weiterhin konsequent zu unterstützen und zu fördern und so bestehende Arbeitsplätze zu sichern;
- den Nutzen der von der Landesregierung eingerichteten Cluster kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls die Finanzierung zu streichen;
- Artikel 52 der Verfassung des Saarlandes, der die Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen vorschreibt, ersatzlos zu streichen;
- die Rettungsdienste für Private weiter zu öffnen;
- jeder Gastwirtin und jedem Gastwirt die Entscheidung zu überlassen, ob in der jeweiligen Lokalität geraucht werden darf oder nicht. Wir müssen zurück zur Lösung, dass in Gaststätten ohne Speiseangebot geraucht werden darf, solange dies nicht dem Arbeitsschutzgesetz widerspricht;
- den Natur-, Radwander- und Wassertourismus landesweit weiter zu entwickeln und zu vernetzen;
- die Marke Saarland verkaufsoffensiver zu gestalten und funktionierende Marketinginstrumente einzuführen;
- durch die Tourismus Zentrale Saarland eine Städtereise-Offensive auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, die Verweildauer im Saarland zu verlängern; ;
- auf Bundesebene bürokratische Anforderungen dort wo sinnvoll und möglich zu senken, z.B. bei der Einstellung von Aushilfskräften;
- die Ausbildungsfähigkeit zu stärken;
- obligatorische Betriebspraktika an allen weiterführenden Schulformen quantitativ und qualitativ auszubauen;

- passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen mit Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für ältere Menschen wie für Jugendliche sowie für gering qualifizierte Beschäftigte, Arbeitslose und unmittelbar von Arbeitslosigkeit Bedrohte zu unterstützen;
- die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu erleichtern.

Arbeit: Das Saarland bleibt Aufsteigerland

Nur durch Beschäftigung können wir die Teilhabe möglichst vieler Menschen am wirtschaftlichen Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben erreichen. Wir setzen auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Der zweite und dritte Arbeitsmarkt sollen als Instrumente der Sozialpolitik der Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Wir wollen das individuelle Potenzial und die Motivation der Arbeitssuchenden fördern, sie auf Basis ihres eigenen Engagements in den Arbeitsprozess integrieren und generell Eintrittsbarrieren auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Dazu gehören auch flexible Arbeitszeitmodelle, die die Verbindung von Familie und Beruf ermöglichen. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss der Sozialstaat jeder Bürgerin und jedem Bürger die Chance geben, so weit wie möglich ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft führen zu können. Wir Liberale wenden uns damit gegen eine Mentalität, in der Freiheit und Verantwortung an den jeweils anderen delegiert werden.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- alle anderen Parteien sind für massive Steuererhöhungen: die FDP will durch niedrige Steuern und Abgaben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und gleichzeitig die Ursachen der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung bekämpfen;
- wir sind gegen die von CDU und SPD geplante weitere Erhöhung der Grund- und Grunderwerbssteuer;
- betriebliche Bündnisse für Arbeit zu ermöglichen;
- für bessere Beschäftigungschancen zu sorgen, indem das Kündigungsschutzgesetz von Eintrittsbarrieren befreit wird;
- arbeitsmarktpolitische Maßnahmen kritisch zu hinterfragen;
- bessere Beschäftigungschancen für ältere Menschen zu schaffen durch die Einführung eines AlterNsmanagements in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung, das unter anderem permanente Weiterbildung garantiert, Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet und familienorientierte Arbeitszeiten anbietet;
- gleichzeitig aber das Renteneintrittsalter für Beamte, Minister, Staatssekretäre usw. den Regelungen für Arbeitnehmer anzupassen und somit auch die Rente mit 67 für diese Berufsgruppen einzuführen;
- Transferleistungen an den Grundsatz Leistung und Gegenleistung zu koppeln;
- der Finanzierung von Kinderbetreuung den Vorrang vor weiteren familienpolitischen Transferzahlungen einzuräumen.
- die Arbeitskammerpflichtbeiträge abzuschaffen.

Landwirtschaft

Die vielfältigen Leistungen der Agrarbetriebe sind für das Saarland von großer Bedeutung. Dabei erzeugen die heimischen Landwirtschaftsbetriebe nicht nur Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe, sie gestalten auch Lebensräume und schaffen damit Lebensqualität. Eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung ist somit auch ein positiver Standortfaktor, der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidend mitprägt.

Die saarländische Landwirtschaft trägt zur Produktion qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel bei und stärkt so auch die regionale Wirtschaft. Mit der Kampagne „Aus der Region - für die Region“ des FDP-geführten Landwirtschaftsministeriums haben wir erfolgreich damit begonnen, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und für regionale Produkte zu begeistern. Wir legen Wert darauf, dass die Erzeugung von regionalen Produkten im Einklang mit der Natur geschieht. Für uns heißt das, das Landschaftsbild des Saarlands zu erhalten und auf Biodiversität zu achten. Wir sprechen uns aber deutlich dagegen aus, konventionelle und ökologische Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen. Die Entscheidung, ob er Lebensmittel aus konventionellem oder ökologischem Anbau kaufen möchte, liegt beim Verbraucher und muss auch dort bleiben. Die Aufgabe des Landes ist es vielmehr, für gleiche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- faire Rahmenbedingungen und Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten;
- beim Einsatz von Gentechnik in der Lebensmittelproduktion Chancen und Risiken gegeneinander abzuwiegen. Grundsätzlich treten wir dafür ein, diese Technologie zunächst einmal umfassend zu erforschen, unter strengen Bedingungen wie der Sicherstellung, dass keine genetisch behandelten Keime auf andere Felder geraten;

- auf staatliche Vorgaben zur Entscheidung zwischen konventionell und ökologisch erzeugten Agrarprodukten z.B. durch ausschließliche Förderung einer Kategorie zu verzichten.

Infrastrukturen und Mobilität: Wahlfreiheiten sichern

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und zugleich ein Stück Freiheit. Durch Subventionen und sonstige Vergünstigungen versucht der Staat, die Verkehrsmittelwahl der Bürgerinnen und Bürger immer wieder in bestimmte Bahnen zu lenken. Zu den Grundsätzen liberaler Verkehrspolitik im Saarland gehört es aber, solche staatlichen Eingriffe zu unterlassen. Denn dirigistische Eingriffe in die Verkehrsmittelwahl führen zu volkswirtschaftlichen Nachteilen. Die Verkehrsteilnehmer müssen deshalb in ihrer Entscheidung frei bleiben, welches Verkehrsmittel ihren jeweiligen Mobilitätsbedürfnissen am besten Rechnung trägt.

Zudem muss in der Verkehrspolitik marktwirtschaftlichen Grundsätzen verstärkt Geltung verschafft werden. Bevölkerung und Wirtschaft müssen ihre Transportmittelwahl auf der Grundlage klarer und transparenter Kenntnisse über die tatsächlichen Wegekosten treffen können, in denen auch die jeweiligen Umweltbelastungen klar ausgewiesen werden. Wir wollen eine innovative, an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Verkehrspolitik als eine zentrale Grundlage für Lebensqualität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- klare Finanzierungsregeln und -kompetenzen zu schaffen, indem die derzeitige Finanzierungsvielfalt aus steuerlichem Querverbund, Zahlungen von Kommunen, Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr usw. gebündelt werden und ein klares Finanzierungskonzept erstellt wird;
- mit beschleunigten Genehmigungsverfahren Investitionen zeitnah zu ermöglichen;
- den Ausbau der Moselschleusen zwischen Koblenz und Trier zu beschleunigen, um die Belieferung der saarländischen Kraft- und Stahlwerke mit Rohstoffen über den Wasserweg zu garantieren;
- die Nordsaarlandstraße schnellstmöglich zu realisieren;
- den A8-Ausbau im Nordsaarland zu beschleunigen;
- eine stündliche schnelle Zuganbindung Saarbrücken-Mannheim zu erreichen;
- die Anbindung der umliegenden Gemeinden an das Verkehrsnetz der Saarbahn zu erreichen, um dem demographischen Wandel und den damit einhergehenden veränderten Mobilitätsbedürfnissen im Saarland Rechnung zu tragen;
- Park & Ride-Möglichkeiten entlang aller Zugstrecken auszubauen und Anreize zu deren Nutzung zu setzen;
- die begonnene Kooperation zwischen den Flughäfen Saarbrücken und Zweibrücken zügig umzusetzen;
- den Flughafen besser mit dem ÖPNV an Saarbrückens Innenstadt anzubinden;
- die grenzüberschreitenden ÖPNV-Verbindungen auszubauen;
- flexible Lösungen im ÖPNV, besonders im ländlichen Raum in Form von Ruftaxen und -bussen, zu schaffen;
- Busspuren auszubauen, um der gegenseitigen Behinderung von Pkw, Bus und Fahrrad im Straßenverkehr entgegen zu wirken;
- den Schüler- und Kindergartentransport flächendeckend auch für Ganztagsangebote zu gewährleisten und hierbei auch die Vernetzung der Regionen zu forcieren;
- Pendlernetzwerke zu unterstützen und die Chancen für Car-Sharing durch privilegierte Regelungen beim Parken zu erhöhen;
- ein Radwegenetz für den Alltagsgebrauch zu entwickeln und zu fördern;
- die Fahrradmitnahme im ÖPNV zu erleichtern;
- die gestrichene Fahrradmitnahme auf der Strecke RE Saarbrücken-Mainz rückgängig zu machen;
- den Tunnel im Rahmen von „Stadtmitte am Fluss“ nicht zu bauen, da sonst mit einem lang anhaltenden Verkehrschaos in Saarbrücken zu rechnen wäre.

Automobilindustrie als Zukunftsindustrie stärken

Die Automobilindustrie gehört zu den tragenden Säulen der Saarwirtschaft. Dieser exportstarken Branche ist es zu verdanken, dass der Strukturwandel auf einem guten Weg vom Steinkohlebergbau hin zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort ist. Wir wollen deshalb die Automobilindustrie durch Investitionen in Forschung stützen und für Neuansiedlungen attraktiver machen. Wir wollen die Weiterentwicklung zur Elektromobilität forcieren und damit den Übergang zum nächsten Strukturwandel vorbereiten.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- den Automobilstandort durch flankierende Maßnahmen von Seiten der saarländischen Hochschulen zu stärken;
- den Know-how-Transfer von der Theorie in die Praxis stärker zu fördern;
- einen Forschungscluster in den Bereichen Elektromobilität, neue Materialien, Hybridtechnologie und Speichertechnik zu initiieren.

Rechte der Bergbaubetroffenen weiter stärken

Im Saarland endet 2012 nach über 300 Jahren der Abbau von Steinkohle. Der Bergbau hat das Saarland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell geprägt. Dennoch steht die FDP weiterhin zum sozialverträglichen Ausbau, da die Gefährdungen für Leib und Leben und der Schaden, den der Bergbau am Eigentum der Menschen in den betroffenen Gebieten angerichtet hat, in keinem Verhältnis mehr zu seinem Nutzen standen. Die FDP bleibt weiterhin die Partei, die die Interessen der Bergbaubetroffenen vertritt.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- die Rechte der Bergbaubetroffenen gegenüber den kohlefördernden Unternehmen weiter zu stärken;
- hierzu Initiativen zur Änderung des Bergrechts auf Bundesebene zu forcieren;
- ein Bergschadenskataster einzurichten, damit die durch den Bergbau entstandenen Schäden zuverlässig erfasst werden, um die Betroffenen in den Verfahren gegen die Kohleunternehmen zu stärken.

Energie: Das Saarland bleibt Energieland

Eine entscheidende Standortfrage wird in Zukunft sein, wie wir auf die knapper werdenden fossilen Brennstoffe reagieren. Die Energiefrage ist die zentrale Überlebensfrage einer Volkswirtschaft im 21. Jahrhundert, aber auch eine Chance für einen Wirtschaftsstandort, zum Vorreiter zu werden. Aufgrund seiner industriellen Geschichte ist das Saarland traditionell ein bedeutender Energiestandort. Nach wie vor wird im Saarland mehr Strom produziert und verbraucht als im Bundesschnitt, deswegen ist das Saarland ein Energieland.

Die FDP Saar gibt auf die Frage, wo unsere tägliche Energie auch in Zukunft nachhaltig herkommen wird, die überzeugendste Antwort. Dabei wollen wir Nachhaltigkeit, Umsetzbarkeit, Finanzierbarkeit und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen berücksichtigen. Wir geben eine rationale Antwort und beachten dabei die Wechselwirkungen von Energie-, Umwelt-, Verkehr-, Siedlungs- und Wirtschaftspolitik. Wir verlieren dabei auch die Interessen der zahlreichen energieintensiven Unternehmen im Saarland nicht aus dem Blick. Die FDP im Saarland setzt stärker als alle andere Parteien auf die Bezahlbarkeit von Energie. Auf Bundesebene setzen wir uns daher u. A. für das Ende der Übersubventionierung der Photovoltaik ein.

Wir setzen auf Energieeffizienz und Energieeinsparung. Für uns gilt: Die teuerste Energie ist die verschwendete, die sauberste Energie ist die nicht verbrauchte, die billigste ist die eingesparte. Dies ist vernünftige Politik. Unsere Botschaft: die Wende zu erneuerbaren Energien braucht unsere Stimme der Vernunft. Eines steht dabei außer Frage: die Atomenergie kann nicht die richtige Antwort sein. Die FDP Saar setzt sich für die Schließung der grenznahen Atomkraftwerke ein. Auch ein Atomendlager in Lothringen sehen wir sehr kritisch. Anstatt aber über die Franzosen zu reden, müssen wir mit den dortigen Entscheidern den Dialog suchen. Als Kompensation muss in erneuerbare Energien investiert werden. Wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern aber auch ehrlich, dass dies auch heißen kann, kurz- und mittelfristig wieder verstärkt Kohle- und Gaskraftwerke zur Energiegewinnung heranzuziehen, eventuell sogar neu zu bauen. Investitionsbremsen für Kraftwerke und den Netzausbau müssen gelockert werden, Investitionen in intelligente Netze und Energiespeicher gefördert werden. Für uns ist entscheidend, dass sowohl für die Bürger als auch für die Industrie und den Mittelstand die Energie bezahlbar bleibt.

Das Saarland muss das Potenzial der Kooperation im SaarLorLux-Raum entschiedener nutzen. Wir wollen im Saarland neue Wege einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gehen und zwar unter Nutzung der kleinteiligen Struktur des Landes. Mit der Schaffung einer besonderen mikroökonomischen Wertschöpfung vor allem im Bereich der Energiegewinnung sollen sich auch die Saarländer einbringen können, wobei dies eine finanzielle, aber auch politische Mitsprache über energiepolitische Entscheidungen und die entsprechende Infrastruktur beinhaltet.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- den Umbau der Energieversorgung an den örtlichen Gegebenheiten und Besonderheiten des Saarlands auszurichten;
- eine Umsetzungsstrategie für den Masterplan „Neue Energie“ zu erarbeiten, um den Energiestandort Saarland durch die

Berücksichtigung regenerativer und konventioneller Energien zu sichern und auszubauen;

- auf die Ausarbeitung kommunaler Flächennutzungspläne hinzuwirken, in denen die Kommunen selbst darüber entscheiden, welche Flächen für den Bau von Windkraftanlagen ausgewiesen werden und dabei möglichen anderen Auswirkungen, z.B. auf den Tourismus, Rechnung tragen können;
- das Ende der Steinkohleförderung an der Saar als Chance zu nutzen, indem z.B. Grubenschächte und Halten für erneuerbare Energien genutzt werden können und in einigen Projekten der RAG bereits genutzt werden;
- praxisnahe Forschungsmöglichkeiten in Kooperation zwischen der saarländischen Energiewirtschaft und unsere Hochschulen zu fördern und zu begleiten, z.B. bei der Entwicklung neuer Netz- und Speichertechnologien wie Pumpspeicherkraftwerken oder Druckluftspeichern;
- spätestens bis zum Jahr 2020 20 Prozent des saarländischen Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu gewinnen;
- einen echten Wettbewerb unter den alternativen Energien zu etablieren, damit regenerative Energien weiter gefördert werden und sich gleichzeitig die effizienteste Lösung an einem Standort durchsetzt;
- die Kraft-Wärme-Kopplung in den neuen Kraftwerken stärker zum Einsatz zu bringen und die Fernwärmeschiene auszubauen;
- beim Ausbau von Gewerbegebieten auf eine ökologische Energieversorgung hinzuwirken;
- Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Produktion und Dienstleistung regenerativer Energien zu schaffen.

Haushalt und Finanzen

Haushalt und Finanzen: Das Saarland wird zum Sparland

Erreichen wir bis 2020 keinen ausgeglichenen Haushalt, ist die Eigenständigkeit des Saarlands bedroht. Die Entscheidung für die Schuldenbremse und zu einem rigiden Sparkurs ist somit eine Entscheidung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das Saarland ist als Nehmerland auf die Solidarität der anderen Bundesländer angewiesen. Trotzdem liegen unsere Ausgaben in einigen Bereichen höher als in den Geberländern, was das PwC-Gutachten belegt. Daher legen wir bei der Haushaltskonsolidierung den Fokus auf die Aus- und Aufgabenseite des Landes. Konkreter Ansatzpunkt ist zum Beispiel ein schlüssigeres Personalkonzept in der öffentlichen Verwaltung. Auch die politische Führung kann und soll nicht von Sparanstrengungen ausgenommen werden, sondern im Gegenteil einen wichtigen Beitrag leisten.

Sinnvoll sparen, klug investieren

Aber Sparen darf nicht zum Selbstzweck werden. Sparen ist ein notwendiges Mittel, um Generationengerechtigkeit zu schaffen. Wir dürfen den Abbau der von uns angehäuften Schulden nicht unseren Nachkommen überlassen. Die FDP will sparen, um die Gestaltungsräume für eine bessere Zukunft jetzt zu schaffen. Die FDP Saar ist deshalb die Partei, die das Thema positiv besetzt. Liberale Politik zielt von jeher auf einen schlanken Staatshaushalt ab. Die FDP kann auf die Frage, wie ein Staat saniert werden kann, die vernünftigste Antwort geben. Wir setzen auf Wachstum und Ausgabendisziplin statt auf immer höhere Steuern und Abgaben zulasten der Mitte unserer Gesellschaft, auf Qualität statt Quantität. Leitgedanke ist: Nicht das Land „kaputt sparen“, sondern durch effizientes Wirtschaften überflüssige Ausgaben vermeiden und durch Konzentration auf Zukunftsinvestitionen die Basis für eine starke Einnahmeseite schaffen. Dazu bieten sich die Bereiche Infrastruktur, Forschung und Wirtschaftsförderung an. Im Bildungsbereich bedeutet dies für uns, Sparanstrengungen zunächst auf die Bereiche zu konzentrieren, die sich nicht unmittelbar auf die Bildung selbst auswirken, sondern vielmehr bei Verwaltungskosten ansetzen. Für alle Bereiche gilt: Prestigeprojekte wie den Tunnel bei Stadtmitte am Fluss kann es nicht geben, wenn die Mittel für Schulen, Straßen und Krankenhäuser nicht ausreichen. Vor allem im Kultur- aber auch im Sozialbereich wollen wir neue Formen des bürgerlichen und genossenschaftlichen Engagements fördern, um die öffentlichen Kassen zu entlasten und das Wir-Gefühl zu stärken.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- die Schuldenbremse konsequent einzuhalten;
- den Landeshaushalt kurzfristig von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen, um ihn transparent und übersichtlich darzustellen, die Kontrollrechte des Parlaments zu stärken und die Finanzpolitik für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und überprüfbar zu machen;
- die Verschuldung durch Pensionsverpflichtungen in den Haushalten von Bund und Ländern offen auszuweisen;
- wirksame Regeln und Mechanismen zur Verhinderung von Neuverschuldung und zum Abbau alter Schulden bei Bund, Ländern und Gemeinden einzuführen;
- die Senkung der konsumtiven Ausgaben voranzutreiben;
- alle Förderprogramme – unabhängig davon, ob sie allein vom Land oder in Kofinanzierung mit dem Bund oder der EU bestritten werden – in Bezug auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit zu untersuchen und ggf. zu streichen; hierzu muss die zentrale Fördermitteldatenbank CONIFERE konsequent zu einem Fördermittelcontrolling entwickelt werden;
- weiterhin jede Landesbeteiligung daraufhin zu untersuchen, ob sie im Landesinteresse – und wenn ja: im bisherigen Umfang oder eventuell mit einem geringeren Anteil – überhaupt noch sinnvoll ist;
- Beteiligungen, die im Landesinteresse nicht erforderlich sind, nach Maßgabe der Marktmöglichkeiten zu veräußern und dadurch entstehende Erlöse ausschließlich zur Schuldentilgung zu verwenden;
- die Zahl der Landesbediensteten sozialverträglich zu senken unter Nutzung der demographischen Rendite, damit die verbleibenden Beamten und Angestellten leistungsgerecht bezahlt werden können;
- in der öffentlichen Verwaltung auf die Neubesetzung von Stellen zu verzichten, die Verbeamtungspraxis zu reduzieren und generell einer strikten Wirkungs- und Leistungsorientierung zu folgen;
- die Abläufe des Landtags zu straffen, indem nicht vorgetragene Reden zu Protokoll gegeben werden können und die Plenarwoche durch frühere Vorbereitungssitzungen frühzeitiger organisiert werden kann;
- Fahrt- und Sitzungsgelder im Landtag abzuschaffen;
- einen jährlichen Bericht der Landesregierung zur Umsetzung von Initiativen des Landtags einzuführen, um die parlamentarische Kontrolle der Landesregierung effektiver zu gestalten;
- die Ministerien zu verschlanken und neu zu strukturieren;

- stete Qualitätsverbesserungen und Effizienzsteigerung, d.h. auch spürbare Kostensenkungen bei öffentlichen Einrichtungen und Institutionen durch Prozessanalysen und Strukturanpassungen sicherzustellen;
- durch eine Gebietsstrukturreform weniger Landkreise und mehr Gemeindefusionen zu erreichen;
- die Kommunalverwaltung stärker auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken;
- länderübergreifende Kooperationen bei Landesämtern und Gerichten einzuführen und Synergieeffekte bei der Erarbeitung von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen zu nutzen;
- die Gewerbesteuer abzuschaffen bei gleichzeitiger Neustrukturierung der Gemeindefinanzen;
- auf bundespolitischer Ebene die Steuervereinfachung und -senkung zu unterstützen.

Das Saarland wird zum Nachhaltigkeitsland – ökologisch und ökonomisch

Insbesondere in der Umweltpolitik ist der Dreiklang von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit richtungweisend für unser Handeln. Ökologie und Ökonomie dürfen nicht länger als unüberwindbare Gegensätze gesehen werden.

Die Schonung der natürlichen Ressourcen ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass künftige Generationen gleiche Lebenschancen vorfinden. Die Wahrung dieser Freiheit ist für die FDP Saar von großer Bedeutung. Klimaschutz und nachhaltiges Handeln sind das zentrale Handlungsmaß für den Erhalt unserer Zukunftsfähigkeit. Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt für uns und nachfolgende Generationen stellt eine große Herausforderung dar, aber auch Chancen für wirtschaftlichen Wohlstand, den wir wahren wollen. Die FDP spricht sich für die konsequente Mischung von Umweltschutzmaßnahmen aus verschiedenen Handlungsfeldern aus.

Raum- und Landschaftsentwicklung neu ordnen

Die Herausforderung der Planung und Entwicklung von Raum und Landschaften ist es, sich weder einseitig dem Prinzip der ökonomischen Produktion, noch einseitig dem ökologischen Schutz oder sozialen ästhetischen Anforderungen zu unterwerfen. In den vergangenen 200 Jahren hat sich das Saarland von einem Agrarland über ein Industrieland hin zu einem Land mit starkem Dienstleistungsbezug und Standort einer wissensbasierten Ökonomie entwickelt. Dabei haben sich die Ansprüche an den Raum gewandelt: Die eindeutige Trennung zwischen Stadt und Land hat sich aufgelöst. Im Zuge der Industrialisierung sind Bevölkerung, Siedlungen und so auch die Zahl und Größe der Industrieflächen gewachsen. Inzwischen dominieren vor dem Hintergrund des sozialen Wertewandels und des demographischen Wandels neue Anforderungen an Raum und Landschaft. Diese Anforderungen verlangen einen ideologiekritischen Umgang mit Landschaft.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- den Klimaschutz im Saarland unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten zu forcieren;
- bei der Ausweisung von FFH- und Natura 2000-Gebieten auf Vertragsumweltschutz statt Verordnungsumweltschutz von oben zu setzen und so die Eigentumsrechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu stärken sowie diese auf transparente Art und Weise zu informieren und einzubinden;
- Neubaugebiete nur in begründeten Ausnahmefällen auszuweisen;
- die Wiederbelebung der Innenbereiche von Städten und Gemeinden zu stärken, indem Anreize zur Schließung von Baulücken geschaffen werden, z.B. durch verringerte Besteuerung auf Bauen im Bestand und indem der innerörtlichen Sanierung Vorrang gegeben wird;
- ein Rückbauprogramm für nicht mehr benötigte Infrastrukturen zu entwickeln;
- jedes raumrelevante Großprojekt hinsichtlich seiner Nachhaltigkeit kritisch zu prüfen;
- die Siedlungstätigkeit zur Verminderung von Emissionen auf die wichtigsten Achsen des ÖPNV zu konzentrieren;
- das Oberzentrum Saarbrücken zu stärken, denn eine Attraktivitätssteigerung der Hauptstadt bedeutet einen Imagegewinn und Entwicklungschancen für das ganze Land;
- die Vereinbarkeit von Landnutzung und Naturschutz zu steigern;
- pragmatisch Verbände und Bürgerinnen und Bürger in die zukünftige Entwicklung der saarländischen Landschaften im Hinblick auf Energiewende, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung einzubinden.

Entsorgung optimieren – Kosten stabilisieren

Auch wenn im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft die Menge an Abfall abnimmt, gilt es, die Abfallbeseitigung der Reststoffe effizient und unter Nutzung aller sinnvollen Möglichkeiten der Wiederverwendung zu gestalten. Abfall ist ein stofflich und energetisch wertvoller Rohstoff.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- für mehr Gebührentransparenz zu sorgen;
- Grünschnitt und kompostierbare Abfälle im Saarland zu verwerten;
- den Entsorgungsverband Saar (EVS) auf die Kernaufgaben Abwassersammlung und -aufbereitung sowie Restmüllentsorgung zu beschränken und alle anderen Tätigkeiten auf Gemeinden oder private Anbieter zu übertragen;
- den Anschluss- und Benutzungszwang aufzuheben;
- Abwasseranlagen stärker zu dezentralisieren und alternative Systeme, wie z. B. Kleinkläranlagen zu fördern.

Gesundheit und Soziales

Das Saarland wird zum Gesundheitsland

Unser Ziel ist eine zukunftssichere Gesundheitspolitik, die dem vorhandenen Bedarf gerecht wird und sich durch Transparenz und Wettbewerb anstatt durch überbordende Bürokratie auszeichnet. Denn wir begreifen den Gesundheitssektor als Wachstumsbranche, anstatt ihn zu schwächen.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- landesweit – gerade auch im ländlichen Raum – eine an den tatsächlichen Bedarfen ausgerichtete, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten;
- die im aktuellen Krankenhausplan begonnene Intensivierung von verbindlichen Kooperationen konsequent im Sinne der Qualitätssteigerung fortzuführen;
- die Stellung aller Ärztinnen und Ärzte auch in ihrer Verantwortung vor allem gegenüber den Patientinnen und Patienten zu stärken;
- notwendige Maßnahmen zu treffen, damit Bürgerinnen und Bürger, die in der Grenzregion Unfälle oder Notfälle erleiden, ohne bürokratische Hindernisse im nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus versorgt werden können. Neben medizinischen Gesichtspunkten soll die Wahl des Krankenhauses auch vom Wunsch des Patienten abhängig sein;
- alle Chancen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in der Großregion zu nutzen. Hierzu zählt auch die Umsetzung des zwischen Frankreich und Deutschland geschlossenen „Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich“;
- einen grenzüberschreitenden Medizinstudiengang unter dem Dach der Deutsch-Französischen Hochschule einzurichten;
- innerhalb der EU sämtlichen Bürgerinnen und Bürgern die ambulanten und stationären medizinischen Angebote aller Länder ohne administrative Hürden und Kostenübernahmeerklärungen zur Verfügung zu stellen. Besonders in dringenden und komplizierten Fällen darf die Notwendigkeit von Vorabgenehmigungen die Behandlung nicht verzögern;
- die bürokratischen Verpflichtungen im medizinischen Bereich zu minimieren. Dazu gehört auch eine Überprüfung des Ausmaßes von Zertifizierungen und Qualitätsüberprüfungen durch die Landesregierung und eine Bewertung, ob dies gerade für kleinere Arztpraxen notwendig ist. In diesem Bereich ist eine strenge Kosten-Nutzenrechnung dringend erforderlich;
- den Präventionsgedanken konsequent auszubauen und vermeidbare Krankheiten so zu reduzieren. Bei der Prävention nehmen Ärzte eine besondere Rolle ein, da sie Zugang zu allen Bevölkerungsschichten haben. Entsprechend wichtig ist die Einbeziehung von Ärzten in die Entwicklung von Präventionsprogrammen;
- die bedarfsgerechte wohnortnahe Versorgung für psychisch Kranke sicherzustellen und der Ausgrenzung Betroffener entgegenzutreten;
- die flächendeckende Apothekenversorgung durch inhabergeführte Apotheken zu gewährleisten;
- das Mehrbesitzverbot von Apotheken abzuschaffen und zugleich das bewährte Fremdbesitzverbot aufrechtzuerhalten;
- die Diamorphinabgabe im Saarland zu realisieren.

Krankenhauslandschaft im Saarland bedarfsgerecht gestalten

Die Krankenhauslandschaft im Saarland ist ein entscheidender Bestandteil der Daseinsfürsorge und muss daher geschützt und geschätzt werden. Dabei gilt es jedoch auch immer zu beachten, dass Angebot und Nachfrage in einem bedarfsgerechten Verhältnis zueinander stehen und dass keine künstliche Nachfrage durch ein Überangebot produziert wird. Zur saarländischen Krankenhauslandschaft gehört auch das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS), das als größtes saarländisches Krankenhaus in vielen Bereichen eine Vorreiterfunktion einnimmt. Dazu zählt besonders die medizinische Forschung, aber auch die Aus- und Weiterbildung des ärztlichen Nachwuchses.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- den vom FDP-geführten Gesundheitsministerium vorgelegten Krankenhausplan schnellstmöglich umzusetzen und weiter zu entwickeln;
- die geplanten Neubaumaßnahmen zur Modernisierung des UKS zügig weiterzuführen, um so medizinische Abläufe und Wirtschaftlichkeit zu verbessern;

- das neue Gebäude der Kinder- und Jugendpsychiatrie schnellstmöglich fertig stellen und Angebote zur Mutter-Kind-Betreuung in diesem Bereich wieder einzuführen;
- das UKS durch eine marktfähige Rechtsform und Unternehmensorganisation (GmbH oder AG) zu stärken;
- dem UKS eine direktere Tarifzuständigkeit, z.B. durch Haustarifverträge mit erkennbaren Leistungskomponenten für alle Mitarbeiter, einzuräumen.

Weiterentwicklung der geriatrischen Versorgung im Saarland

Die medizinische und pflegerische Versorgung der alternden Gesellschaft erfordert Konzepte, die die stark spezialisierte Medizin mit ihren einzelnen Schwerpunkt-fächern nur unzureichend bietet. In der geriatrischen Versorgung müssen wirksame Strukturen mit dem Hauptziel der Sicherung und des Erhalts einer möglichst hohen Alltagskompetenz aller Bürgerinnen und Bürger aufgebaut werden.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- das Geriatriekonzept für das Saarland fertig zu stellen;
- im Rahmen der Weiterentwicklung der geriatrischen Versorgung im Saarland die Versorgungsqualität medizinisch und volkswirtschaftlich zu optimieren durch ein abgestuftes Versorgungskonzept mit geriatrischer Zentrenbildung, die Akutgeriatrie und geriatrische Rehabilitation unter einem Dach vereinen;
- flächendeckend geriatrisch spezialisierte Netzwerke aufzubauen und die Prävention vor allem im ambulanten Bereich zu stärken;
- die Einführung einer kooperativ besetzten Versorgungsstufe an der Nahtstelle zwischen Akutversorgung und Pflegeeinrichtung prüfen.

Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe

Die FDP Saar setzt sich für eine Steigerung der Attraktivität bei Gesundheitsberufen ein und unterstützt vor dem Hintergrund unattraktiver Arbeitsbedingungen, überkommener Hierarchien und notwendiger Effizienzsteigerungen eine Neustrukturierung der Gesundheitsberufe.

Wesentlicher Ansatzpunkt für die Erhöhung der Attraktivität und Berufsverweildauer ist die Rückbesinnung auf die medizinische und pflegerische Versorgung des Patienten, weg von der prozessorientierten Qualitätssicherung, hin zu Ergebnisorientierung im Gesundheitswesen. Beispielsweise sind die QM-Vorgaben für Arztpraxen im Sinne der Ergebnisqualität zu prüfen.

Um die gesellschaftliche Wertschätzung des Pflegeberufs sowie die Motivation des Gesundheits- und Pflegepersonals nachhaltig zu steigern, wird es darauf ankommen, das Bild der Ausbildung und die Praxisinhalte in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft zu verbessern.

Gesundheitsförderung

Gesundheitsförderung zielt darauf, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie dadurch zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Dabei setzen wir nicht nur auf den einzelnen Bürger, sondern auch auf Veränderungen sozialer, ökonomischer und Umweltbedingungen, so dass diese positiv auf individuelle und öffentliche Gesundheit wirken.

In Völklingen haben wir gesehen, wie erfolgreich Gesundheitsförderung funktionieren kann, wenn alle an einem Strang ziehen und viele Einzelprojekte unter einem (Stadt-)Dach koordiniert zusammen arbeiten. „Völklingen lebt gesund!“ wurde so zum Motto einer ganzen Stadt. Durch das FDP-geführte Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz wurde dieses Projekt ausgeweitet auf das ganze Saarland.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- unter dem (Landes-)Dach „Das Saarland lebt gesund!“ nach und nach weitere Kommunen für das Thema Gesundheitsförderung zu gewinnen und aus den bestehenden Projekten im wahrsten Sinne des Wortes eine Bewegung zu machen;
- unser gesamtes Bundesland für Bewegung und gesunde Ernährung zu sensibilisieren und jeden Einzelnen dazu zu gewinnen, seinen Teil hierzu beizutragen.

Soziales:

Die Stärkung der gesellschaftlichen Vielfalt ist die beste Grundwehr gegen Diskriminierungen jeder Art. Wir wollen die Teilhabechancen für alle Menschen verbessern, auch für die, die anders leben oder Nachteile haben – aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Alter, sexueller Ausrichtung, Behinderung, Religion oder Weltanschauung. Sozial bedeutet für uns, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen und für die da zu sein, die trotz aller Anstrengungen ihr Leben nicht selbst gestalten können.

Dafür müssen die Ursachen für Bedürftigkeit bekämpft und vorbeugende Sozialinvestitionen getätigt und sozial nicht nur darüber definiert werden, dass den Hilfebedürftigen der erreichte Lebensstandard gesichert wird. Liberale Sozialpolitik bedeutet, den Menschen als Individuum zu betrachten. Die Individualität jedes Einzelnen muss gefördert werden. Diese Freiheit, die wir für den einzelnen Menschen fordern, bedarf einer materiellen Grundlage, aber noch viel mehr der Voraussetzungen Bildung, Leistungsbereitschaft und Verantwortung.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger darin stärken, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dadurch werden Menschen zu eigenständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten, die durch das Angebot fairer Chancen motiviert werden, ihre soziale Sicherheit selbst zu erarbeiten. Eine Unterstützung der Benachteiligten, die unverschuldet in ihre Situation geraten, wird durch den liberalen Sozialstaat gewährleistet, ohne die Selbstbestimmung des Einzelnen zu gefährden.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- das ehrenamtliche Engagement zu fördern;
- den Schutz für Kinder zu verbessern, u.a. durch ein qualitativ und quantitativ verbessertes Betreuungsangebot;
- Jugendliche in ihren Kompetenzen zu stärken um zu verhindern, dass schwierige oder verarmte Verhältnisse dazu führen, dass Jugendliche an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden; z.B. durch den Ausbau der präventiven Maßnahmen;
- Senioren mehr gesellschaftliche und politische Teilhabe zu ermöglichen, z.B. durch Verbesserungen bei Mitbestimmungsstrukturen auf kommunaler Ebene;
- zu diesem Zweck ein AlterNsmanagement in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung einzuführen und lebenslanges Lernen Wirklichkeit werden zu lassen;
- Altersarmut zu verhindern, indem sich die Sozialpolitik an einer „Generationenbilanz“ orientiert und somit für eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen einzutreten;
- wenn Pflegebedarf vorhanden ist, diesen auf hohem Niveau zu erfüllen, wobei ambulante Behandlung den Vorzug vor stationärer bekommen sollte;
- Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben in Eigenverantwortung und die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, dazu setzen wir auf Integration und grundsätzliche Barrierefreiheit;
- in der Drogenpolitik auf Prävention und ausstiegsorientierte Angebote zu setzen, gerade bei Kindern und Jugendlichen;
- dafür Sorge zu tragen, dass dem Land strukturelle und finanzielle Hilfe bei der Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes zugute kommen zu lassen.

Europa

Europa: Das Saarland wird zum Europaland

SaarLorLux sind schon heute eng vereinigt durch ihre historische und kulturelle Vergangenheit. Diese bildet bereits die Grundlage für eine einzigartige Kooperation. Die FDP war und ist die Europapartei überhaupt. Die Großregion SaarLorLux wird ihren hohen Lebens- und Wirtschaftsstandard nur bewahren können, wenn wir noch stärker als bisher miteinander kooperieren. Die Grenzlage muss noch mehr als Chance und Mehrwert gesehen werden. Hierfür muss Europa aber durch real wahrnehmbare größere Durchlässigkeit der Grenzen noch erlebbarer werden etwa über grenzüberschreitende Taxi- und Krankentransporte oder bessere Zusammenarbeit der Feuerwehr und der Polizei. SaarLorLux muss deshalb seine Zusammenarbeit intensivieren und eine europäische Modellregion werden, ein „Europa im Kleinen“ - eine Region die zeigt, was Europa einmal sein kann, wenn man den europäischen Geist lebt: selbstverständliche Mehrsprachigkeit etwa mit Französisch als zweiter „Muttersprache“, ein vollendeter Binnenmarkt, eine Ergänzung der Wirtschaftszweige. Wir setzen als FDP Saar auf eine bessere Kooperation in den Bereichen Binnenmarkt, Forschungsraum, Gesundheitsregion, Bildungswerkstatt und Verkehrsverbund. Die Großregion muss zum Labor und zur Vorzeigeregion des europäischen Binnenmarktes werden, z.B. indem EU-Recht etwa in der Gewerbeansiedlung bewusst rascher umgesetzt wird als üblich.

Die FDP Saar setzt sich dafür ein:

- den ÖPNV in der Großregion besser zu vertakten;
- in Paris eine angemessene Repräsentanz einzurichten mit dem Ziel, das Saarland als Sprungbrett für Frankreich nach Deutschland besser zu vermarkten;
- Konzepte zur Vereinfachung der steuerlichen Behandlung von Unternehmen in der Eurozone Saarbrücken-Forbach zu erstellen.

Postambel

Nach dem 25. März droht dem Saarland eine große Koalition des Stillstands mit einer Politik des kleinsten sozialdemokratischen Nenners. Mit dieser ausgemachten Koalition bekommt das Saarland hausgemachte Probleme.

Einzig die FDP vertritt als letzte verbliebene bürgerliche Partei die Interessen der Mitte. Denn diese muss gestärkt und nicht geschwächt werden.

Das geht nicht mit einer großen Koalition zweier sozialdemokratischer Parteien, die auch noch von einer linken Opposition im Landtag kontrolliert werden. Diese Verschiebung der politischen Achse unseres Landes wollen wir genauso verhindern wie eine 2/3-Mehrheit für SPD und CDU, die dann im Landtag schalten und walten können wie sie wollen.

Gegen schwarz-rot hilft nur blau-gelb.

Die FDP steht für gesunde Finanzen, für bestmögliche Bildung ohne Experimente und für einen attraktiven Standort Saarland durch kluge Wirtschaftspolitik. Deswegen braucht es die Freie Demokratische Partei im nächsten saarländischen Landtag. Gerade jetzt!